



EUROPÄISCHER RAT

**Brüssel, den 20. April 2011 529.04°
(OR. en)**

**EUCO 7/1/11
REV 1**

**CO EUR 5
CONCL 2**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für die Delegationen

Betr.: **AUSSERORDENTLICHE TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES
11. März 2011**

ERKLÄRUNG

Die Delegationen erhalten in der Anlage die überarbeitete Fassung der vom Europäischen Rat auf seiner außerordentlichen Tagung vom 11. März 2011 angenommenen Erklärung.

ERKLÄRUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

1. Der Europäische Rat ist heute zu einer außerordentlichen Tagung zusammengekommen, um über die Entwicklungen in Libyen und den südlichen Nachbarländern zu beraten und die Richtung der künftigen Politik und des künftigen Vorgehens der EU vorzugeben und Prioritäten zu setzen.
2. Demokratische Erhebungen haben gewaltige Veränderungen in den südlichen Nachbarländern in Gang gesetzt, die neue Hoffnung wecken und die Chance bergen, eine Zukunft zu gestalten, die auf Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit beruht. Fortschritt und Demokratie gehen Hand in Hand. Der Europäische Rat erweist dem Mut, den die Menschen in der Region bewiesen haben, seinen Respekt und bekräftigt, dass es nun an ihnen liegt, auf friedlichem und demokratischem Wege über ihre Zukunft zu entscheiden.
3. Alle Länder in der Region müssen politische und wirtschaftliche Reformen einleiten oder vorantreiben. Die Europäische Union wird jeden Schritt unterstützen, der zu demokratischem Wandel, zu politischen Systemen, die friedliche Veränderungen zulassen, zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand und zu einer gerechteren Verteilung erwirtschafteter Gewinne führt. In diesem Zusammenhang begrüßt der Europäische Rat es sehr, dass der König von Marokko angekündigt hat, einen Beratenden Ausschuss einzusetzen, der eine Änderung der Verfassung ausarbeiten soll, die dann dem marokkanischen Volk zur Billigung vorgelegt werden wird. Die Unterstützung der EU wird sich nach den Fortschritten richten, die die Partner in Richtung Wandel erzielen. Da die Entwicklung starker demokratischer Institutionen eines der wichtigsten Ziele darstellt, sind verstärkte parlamentarische Kontakte zwischen Europa und der Region von größter Bedeutung.

4. Was Tunesien anbelangt, so begrüßt der Europäische Rat die Ankündigung, dass am 24. Juli 2011 Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung stattfinden werden. Die EU ist bereit, in enger Abstimmung mit den tunesischen Behörden hier die erforderliche Unterstützung zu leisten, u.a. indem Tunesien ein fortgeschrittener Status zuerkannt wird. Sobald die tunesische Regierung bereit ist, ist die EU gewillt, ihr Unterstützung bei der Bewältigung der vor Tunesien liegenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen anzubieten. Die Europäische Union wird sich weiterhin langfristig engagieren, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Die Solidarität des tunesischen Volkes mit den Flüchtlingen aus Libyen verdient höchste Anerkennung und Unterstützung.
5. Der Europäische Rat unterstützt den Übergang zur Demokratie in Ägypten. Er begrüßt, dass in kurzer Zeit erste Vorschläge für Verfassungsänderungen vorgelegt wurden, und ermutigt die ägyptischen Behörden, sich weiterhin für politische Reformen zu engagieren und die Rahmenbedingungen für einen grundlegenden demokratischen Übergang zu schaffen, wozu auch die Aufhebung des Ausnahmezustands gehört. Die Europäische Union ist bereit, ihre volle Unterstützung im Einklang mit den Prioritäten des ägyptischen Volkes zu mobilisieren, und sie hat einen Dialog mit der unlängst ernannten ägyptischen Regierung aufgenommen.
6. Die Lage in Libyen gibt weiterhin Anlass zu großer Besorgnis. Wir bringen unsere starke Solidarität mit dem libyschen Volk und den Opfern zum Ausdruck. Wir verurteilen nachdrücklich die gewaltsame Repression des libyschen Regimes gegen seine Bürger und die krassen und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Wir begrüßen die Resolution 1970 des VN-Sicherheitsrats und die Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs mit der Lage in Libyen. Die Anwendung von Gewalt, insbesondere mit militärischen Mitteln, gegen Zivilpersonen ist nicht hinnehmbar und muss sofort eingestellt werden. Die Sicherheit der Bevölkerung muss mit allen erforderlichen Mitteln gewährleistet werden. Der Europäische Rat bringt seine tiefe Besorgnis angesichts der Angriffe gegen Zivilpersonen, die auch aus der Luft geführt werden, zum Ausdruck. Zum Schutz der Zivilbevölkerung werden die Mitgliedstaaten alle notwendigen Optionen prüfen, sofern nachweislich eine Notwendigkeit besteht, eine eindeutige Rechtsgrundlage vorhanden und Unterstützung aus der Region gegeben ist. Die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden und müssen mit ernststen Konsequenzen rechnen. Wir werden mit den Vereinten Nationen, der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union und unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten, um auf die Krise zu reagieren. Wir fordern, dass rasch ein gemeinsames Gipfeltreffen der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union und der Europäischen Union abgehalten wird.

7. Oberst Gaddafi muss die Macht unverzüglich abgeben. Sein Regime hat seine Legitimität vollständig verloren und ist für die Europäische Union kein Gesprächspartner mehr. Die Europäische Union hat restriktive Maßnahmen gegen die Führung des Landes und gegen Körperschaften mit erheblichen Vermögenswerten, die vom Regime kontrolliert werden, verhängt und ist bereit, weitere Sanktionen zu verabschieden.
8. Ziel ist es, dass Libyen rasch einen geordneten Übergang zur Demokratie im Wege eines breit angelegten Dialogs einleitet. Die Europäische Union begrüßt und ermutigt den nationalen Interimsrat für die Übergangszeit mit Sitz in Bengasi, den sie als politischen Gesprächspartner betrachtet. Die Europäische Union ist bereit, Libyen beim Aufbau eines Rechtsstaats und bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Sie ist bereit, den Bitten des libyschen Volkes um Unterstützung bei der Wiederankurbelung der libyschen Wirtschaft zu entsprechen.
9. Die humanitäre Notlage in Libyen und an seinen Grenzen nimmt beängstigende Ausmaße an und wird durch die massiven Migrationsbewegungen infolge der Ereignisse noch verschärft. Es ist weiterhin eine Priorität, Bürger aus der EU und Staatsangehörige anderer Länder, die den Kämpfen entfliehen wollen, sicher zu evakuieren. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten haben humanitäre Hilfe bereitgestellt und sind entschlossen, den Menschen in Libyen und den Menschen, die die libyschen Grenzen überschreiten, in enger Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, der Internationalen Organisation für Migration, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz/der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften und nicht staatlichen Organisationen weiter zu helfen. Die Europäische Union fordert alle betroffenen Seiten auf, humanitären Einrichtungen und Organisationen Zugang zu jedem Gebiet zu gewähren, in dem Hilfe benötigt wird, und ist bereit, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Hierzu wird die Europäische Union ihre Koordinierung verstärken, um Mittel und Fähigkeiten im Einklang mit humanitären Grundsätzen kohärent und wirksam einzusetzen.

10. Die Mitgliedstaaten, die ganz unmittelbar von den Migrationsbewegungen betroffen sind, brauchen unsere konkrete Solidarität. Die EU und die Mitgliedstaaten sind bereit, entsprechend der Entwicklung der Lage die notwendige Unterstützung bereitzustellen. Die EU wird, insbesondere im Rahmen der Frontex-Operation "Hermes 2011", die Auswirkungen der Ereignisse auf die Migrationsbewegungen innerhalb der Region und aus der Region heraus aufmerksam verfolgen. Insbesondere werden die Mitgliedstaaten dringend aufgefordert, Frontex erforderlichenfalls weitere personelle und technische Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Kommission wird aufgefordert, zusätzliche Mittel bereitzustellen. Der Europäische Rat fordert eine rasche Einigung über die Verordnung über den Ausbau der Kapazitäten der Agentur.
11. Die Europäische Union wird mit den betroffenen Ländern der Region über finanzielle und technische Unterstützung zur Verbesserung von Grenzschutz und Grenzkontrollen und über Maßnahmen zur Erleichterung der Rückkehr von Migranten in ihre Heimatländer beraten. Der Europäische Rat ersucht den Rat (Justiz und Inneres), unverzüglich zusammenzutreten. Ferner wird der Rat gebeten, in Zusammenarbeit mit der Kommission vor der Tagung des Europäischen Rates im Juni einen Plan für den Ausbau der Kapazitäten zur Steuerung der Migrations- und Flüchtlingsströme zu unterbreiten.
12. Es sollte ein umfassendes Konzept für die Migration ausgearbeitet werden, das mit dem Gesamtansatz der EU im Einklang steht. In diesem Zusammenhang muss sich die Europäische Union auch der Herausforderung der Mobilität stellen und Kontakte zwischen den Menschen fördern, indem sie Instrumente wie beispielsweise die Mobilitätspartnerschaften allen Partnern gegenüber verwendet, die ihre Reformprozesse hinreichend vorangetrieben haben und bei der Bekämpfung von Menschenhandel und irregulärer Einwanderung kooperieren. Die Kommission wird aufgefordert, Vorschläge zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen aus Europa und dem südlichen Mittelmeerraum vorzulegen.

13. Allgemein werden die bestehenden Partnerschafts- und Hilfsprogramme in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Region rasch überprüft werden, um sie besser auf den gegenwärtigen Bedarf auszurichten. Hierbei sollten die Kommission und die Hohe Vertreterin länder- und ergebnisorientierten Ansätzen den Vorrang geben.
14. Was die mittelfristige Perspektive betrifft, so ruft der Europäische Rat entsprechend seiner Erklärung vom 4. Februar 2011 zu einer neuen Partnerschaft mit den Ländern der Region auf. In diesem Kontext begrüßt er generell die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin, in der eine Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeerraum vorgeschlagen wird, die sich auf ein differenziertes und anreizorientiertes Konzept stützt, in das alle der EU zur Verfügung stehenden Instrumente eingebunden sind. Eine solche Partnerschaft sollte sich auch auf eine tiefergehende wirtschaftliche Integration, einen weiter reichenden Marktzugang und politische Zusammenarbeit gründen. Er fordert den Rat auf, die in der Mitteilung enthaltenen Vorschläge, und insbesondere die Voraussetzungen, unter denen die Unterstützung der EU für ihre Partner verstärkt werden könnte, zügig zu prüfen. Der Europäische Rat sieht der bevorstehenden Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin zur Europäischen Nachbarschaftspolitik erwartungsvoll entgegen.
15. Es wird auch von entscheidender Bedeutung sein, den Staaten die Mittel bereitzustellen, die sie zum Wiederaufbau und zur Modernisierung ihrer Wirtschaft benötigen. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungsaussichten, insbesondere für junge Menschen, sind für die Stabilisierung der Demokratie von entscheidender Bedeutung. Der Rat sollte umgehend eine Einigung über die anhängigen Vorschläge für Paneuropa-Mittelmeer-Ursprungsregeln erzielen, und die Kommission wird ersucht, Vorschläge in Bezug auf weitere Mittel zur kurz-, mittel- und langfristigen Förderung von Handel und ausländischen Direktinvestitionen in der Region zu unterbreiten. Es ist auch dringend geboten, den Tourismussektor in der Region neu zu beleben. Der Rat sollte die Kommissionsvorschläge zu den Mittelrückflüssen an die EIB zügig prüfen und weitere Möglichkeiten für eine Aufstockung der Mittel, die der EIB insgesamt zur finanziellen Unterstützung zur Verfügung stehen, ins Auge fassen. Eine Koordinierung mit anderen internationalen Finanzinstitutionen ist wichtig.

16. Als Lehre aus den Ereignissen ist die Europäische Union auch bereit, die Aufgaben der Union für den Mittelmeerraum mit dem Ziel der Förderung von Demokratie und Stabilität in der Region zu überprüfen. Konkreten Maßnahmen und Projekten sollte ein neuer Impuls gegeben werden, damit die demokratischen Institutionen und die Meinungsfreiheit, einschließlich des uneingeschränkten Zugangs zum Internet gestärkt, die Zivilgesellschaft gefestigt, die Wirtschaft unterstützt, die Armut verringert und soziale Ungerechtigkeit angegangen werden können.

 17. Die Europäische Union ist sich der weiter reichenden politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Ereignisse auf die gesamte Region bewusst und fordert, dass der Nahost-Friedensprozess wieder in Gang gebracht wird.
-